





Caritas-Pressedienst
Redaktion:
Jürgen Sauer · Markus Jonas
Am Stadelhof 15 · 33098 Paderborn
Telefon 05251 209-311 o. -215
Telefax 05251 209-202
presse@caritas-paderborn.de
www.caritas-paderborn.de

Junge Menschen und Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW diskutiert mit dem NRW-Arbeitsministerium Wege der Umsetzung

Dortmund/Paderborn, 27.7.2018 (cpd) – Junge Menschen in Ausbildung und Langzeitarbeitslose wieder in Arbeit bringen – wie das am besten umgesetzt werden kann, haben Vertreter des Ausschusses „Arbeit“ der Freien Wohlfahrtspflege NRW mit Staatssekretär Edmund Heller vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) im Bernhard-März-Haus der Caritas in Dortmund diskutiert. Dazu eingeladen hatte Paderborns Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig als Vorsitzender des Ausschusses.

Bezüglich der Eingliederung junger Menschen am Ausbildungs- und Arbeitsmarkt kritisierten die Vertreter der Freien Wohlfahrtspflege, dass bewährte Strukturen wie das Programm „Jugend in Arbeit plus“ zum Jahresende beendet würden, obwohl Handwerkskammern und Träger der Jugendberufshilfe dabei sehr gut zusammengearbeitet hatten. Das Programm wird zugunsten eines neuen Ausbildungsprogramms beendet. Dieses solle zum 1. September mit 1000 Plätzen starten, sagte Heller. Dabei sieht das Ministerium die Herausforderung, genügend Betriebe für die Ausbildung von Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen zu gewinnen. Die Freie Wohlfahrtspflege befürchtet, dass die Bereitschaft der Betriebe, zusätzliche Ausbildungsplätze in den Regionen zur Verfügung zu stellen, noch zu gering ist. Das Ministerium bekundete seine Absicht, 2019 auch umlagefinanzierte Ausbildungsplätze wie z. B. die Altenpflegeausbildung in die Förderung einzubeziehen.

Das Berufsorientierungsprogramm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA), das die vorherige Landesregierung flächendeckend in NRW eingeführt hatte, wird auch von der neuen Landesregierung uneingeschränkt weitergeführt. Hier befindet sich die Freie Wohlfahrtspflege im ständigen Dialog zur Ausgestaltung der Berufsorientierungselemente mit der entsprechenden Fachabteilung im Ministerium, um sicherzustellen, dass die Angebote auch für junge Menschen mit Förderbedarf passend ausgerichtet werden.

Die Freie Wohlfahrtspflege NRW begrüßt die Absicht der Bundesregierung, im Teilhabechancengesetz neue Instrumente zur langfristigen Förderung von Arbeitslosen zu

schaffen, kritisiert aber die geplante Beschränkung des Zugangs zu den Fördermöglichkeiten auf Personen, die sich seit sieben Jahren und mehr im Leistungsbezug befinden. Scharf kritisierten die Gesprächsteilnehmer von AWO, Caritas, Diakonie, Deutschem Roten Kreuz und Paritätischem Wohlfahrtsverband, dass das NRW-Arbeitsministerium beim vorgesehenen Lohnkostenzuschuss die Grenze beim Erreichen des Mindestlohns zieht. Dabei entsteht nach Ansicht der Wohlfahrtsverbände ein Ungleichgewicht zulasten der Arbeitgeber, die nach Tarif bezahlen. Staatssekretär Heller verteidigte die Haltung des Ministeriums mit der Begründung, dass auch Personen mit Vermittlungshemmnissen durchaus zur Wertschöpfung im Betrieb beitragen.

Sehr gute Erfahrungen haben die Wohlfahrtsverbände mit der beschäftigungsbegleitenden Betreuung von Langzeitarbeitslosen gemacht. Das dabei vorgesehene verpflichtende Coaching wird daher begrüßt. Kritisiert wird allerdings, dass Wohlfahrtsverbände, die selbst neue Jobangebote für Langzeitarbeitslose schaffen, eigene Kompetenzen für das Coaching nicht nutzen dürften, sondern beschäftigungsbegleitendes Coaching durch Dritte geleistet werden sollte.

Nachdrücklich plädierte Josef Lüttig als Ausschussvorsitzender Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege NRW dafür, die Voraussetzungen für den Aufbau von Sozialunternehmen nach dem Vorbild der Inklusionsbetriebe zu schaffen. Nur so werde es gelingen, ausreichend geförderte Arbeitsplätze für besonders belastete Langzeitarbeitslose zu schaffen.

Foto:

Diskutierten aktuelle Vorhaben der Landesregierung in der Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik im Bernhard-März-Haus der Caritas in Dortmund (im Bild in der Kleiderkammer v. l.): Stefan Kulozik (Ministerium), Christoph Menz (Diözesan-Caritasverband), Georg Rupa (Vorstand Caritas Dortmund), Reiner Mathes (Parität), Dr. Thomas Evers (Ministerium), Staatssekretär Dr. Edmund Heller, Heinrich Westerbarkey (Diözesan-Caritasverband), Diözesan-Caritasdirektor Josef Lüttig, Brigitte von Germeten-Ortmann (Diözesan-Caritasverband), Christoph Gehrman (Caritas Dortmund), Edith Holtkamp (DRK), Heike Moerland (Diakonie) und Jochen Kamps (AWO).

(Foto: cpd / Jonas)